

12. Mai 2021

DIE LINKE.
Mainspitze / Trebur



Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Ginsheim-Gustavsburg
Christina Gohl, Fraktionsvorsitzende
Jahnstraße 7
65462 Ginsheim-Gustavsburg

Herrn Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung

Sitzung des BUVA am 25. Mai 2021

Sitzung des HFA am 27. Mai 2021

Sitzung der StVV am 10. Juni 2021

Gemeinsamer Antrag: Aufhebung B-Plan, Verkehrsentwicklungskonzept

Sehr geehrter Herr Vorsteher,

die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und LINKE bringen den nachfolgenden Antrag zur Befassung in der nächsten inhaltlichen Sitzungsrunde ein:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1. Eine gegenüber der amtlichen Kosten-Nutzungsrechnung des Landes Hessen „alternative Kosten-Nutzungs-Rechnung“ zu dem Projekt „Ortsentlastungsstraße“ wird nicht bestellt.**
- 2. Der Bebauungsplan „Ortsentlastungsstraße“ vom 08. April 2011 wird ersatzlos aufgehoben.**
- 3. Der Magistrat wird beauftragt, Verhandlungen mit dem Land Hessen mit dem Ziel der Erstattung der vollständigen Kosten, die der Stadt im Zusammenhang mit der Planung der Ortserschließungsstraße entstanden sind, zu führen. Ferner soll wird das Land Hessen aufgefordert werden, einen angemessenen Anteil an der Finanzierung eines Verkehrsentwicklungskonzeptes für die Stadt beizutragen. Die zeitnahe Instandsetzung der bestehenden L 3040 sowie deren Anpassung an die Ergebnisse des Verkehrsentwicklungskonzeptes im Stadtviertel Alt-Ginsheim (Rheinstraße/Hauptstraße/Stegstraße) ist einzufordern.**
- 4. In den Haushalt 2021 werden angemessene Mittel eingestellt, um den Beschluss der StVV vom 15. Oktober 2015 – „Entwicklung eines Verkehrsentwicklungskonzeptes für die Stadt Ginsheim-Gustavsburg“ (Vorlage 2015/0165) – nunmehr umzusetzen. Hierfür können auch die für das Projekt „Ortsentlastungsstraße“ bislang vorgesehenen Mittel eingesetzt werden.**

Begründung:

Insgesamt drei Verkehrsuntersuchungen haben nachgewiesen, dass im Stadtquartier „Alt-Ginsheim“ bei Weitem kein übermäßiger Durchgangsverkehr stattfindet, der den Neubau einer Umfahrung rechtfertigen könnte. Das deutlich negative Ergebnis der amtlichen Kosten-Nutzen-Rechnung des Landes Hessen ist somit schlüssig. Die Vornahme einer dazu „alternativen Kosten-Nutzen-Rechnung“ kann daher bei Anerkennung derselben Faktenlage kein anderes Ergebnis zu Tage fördern.

Der Bebauungsplan „Ortsentlastungsstraße“ aus dem Jahre 2011 ist sowohl in seiner Begründung als auch in wesentlichen Festsetzungen überholt. Die tatsächliche Verkehrsentwicklung ist gemäß der neuesten Verkehrsuntersuchung von 2019 weit hinter der der Planung zu Grunde liegenden projizierten Verkehrsentwicklung zurückgeblieben. Eine Verkehrsentwicklung, die auch nur annähernd den Bau rechtfertigen könnte, ist auch für die Zukunft nicht zu erwarten. Vielmehr besteht entsprechend der international vereinbarten Klimaziele die Aufgabe darin, den Kfz-Verkehr auch im Plangebiet zu reduzieren.

Die Baukosten haben gegenüber den seinerzeit erwarteten in erheblichem Umfang zugenommen. Außerdem sind die seinerzeitigen Feststellungen über den Bestand an Flora und Fauna im Plangebiet völlig überholt. Der Bestand an schützenswerten Pflanzen und Habitaten hat sich sichtbar vergrößert.

Schließlich ist erkennbar geworden, dass sich die zur Planausführung mutmaßlich erforderlichen Grundstücksenteignungen nicht mehr gerichtsfest begründen lassen.

Ferner haben sich die zugrunde liegenden Planungsnormen wesentlich geändert, die eine Überarbeitung des Bebauungsplans erforderlich machen würden. Mit der Außerkraftsetzung des Bebauungsplanes entstehen daher der Stadt Ginsheim-Gustavsburg auch formal keine Nachteile.

Die Aufhebung der Verpflichtungen der Stadt aus dem Finanzierungsvertrag mit dem Land Hessen setzt dringend benötigte Mittel für anderweitige Investitionsaufgaben und –vorhaben frei und vermeidet zusätzliche Belastungen aus der Übernahme der Instandhaltungslast für die L 3040alt im Abschnitt Alt-Ginsheim durch die Stadt.

In den beiden Stadtteilen Ginsheim und Gustavsburg bestehen weiterhin unbefriedigende Verkehrssituationen die dringend der Abhilfe bedürfen. Die Stadtverordnetenversammlung hat daher bereits im Jahr 2015 beschlossen, die Entwicklung umfassender Verkehrsentwicklungskonzepte für beide Stadtteile zu beauftragen. Das ist nunmehr umzusetzen.

gez.

Verena Scholian
Fraktionsvorsitzende

gez.

Melanie Wegling
Fraktionsvorsitzende

gez.

Christina Gohl
Fraktionsvorsitzende